

13.18.06.2.1.

NATIONALRAT

VERTRAULICH  
CONFIDENTIEL

KOMMISSION FUER AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN

T o u r d ' H o r i z o n

(Sitzung vom Donnerstag, 17. Februar 1977)

VERTRAULICH  
CONFIDENTIEL

(Lage am 10. Februar 1977)

T O U R D ' H O R I Z O N

FRANKREICH

In Frankreich hat sich das Unbehagen über die politische Lage noch nicht gelegt. Zwar beendete die Regierungsumbildung vom August die Spannungen zwischen dem Präsidenten und der Regierung; aber die Führung der Staatsgeschäfte scheint dadurch nicht energischer und durchschlagskräftiger geworden zu sein.

Die Wirtschaftslage ist immer noch besorgniserregend, und positive Auswirkungen des Barre-Planes lassen auf sich warten. Die Inflationsrate ist kaum gesunken und liegt immer noch bei 10%, die Arbeitslosigkeit geht nur langsam zurück, und die Preiserhöhungen verschärfen die Lohnforderungen, was in regelmässigen Abständen zu produktionshemmenden Arbeitsniederlegungen führt. Die Preissteigerungen ihrerseits widerspiegeln die höheren Importpreise vor allem für Energieträger; sie sind zurückzuführen auf die Franc-Entwertung, Ausdruck des ausländischen Vertrauensschwundes in ein Land mit ununterbrochenen Streiks und einer teilweise veralteten Wirtschaft. Die Rekordhöhe des Zahlungsbilanzdefizits, welches sich 1976 auf 20 Milliarden francs belief, bringt diese Situation drastisch zum Ausdruck.

Frankreich hat, wie Italien und Grossbritannien, zu lange über seine Verhältnisse gelebt (Stagnation des Bruttosozialprodukts während der vergangenen vier Jahre bei gleichzeitiger starker Reallohnerhöhung) und verfügt gegenüber diesen beiden Ländern nur noch über einen kleinen wirtschaftlichen Vorsprung. Im Gegensatz zur ita-

- 2 -

lienischen Linken - und besonders zur KPI, die eine gewisse Verantwortung für die Regierung trägt und die sich der Macht durch ein gewisses Mass an Mitarbeit an der wirtschaftlichen Gesundung des Landes zu nähern versucht - hütet sich die französische Linke, den Plan von Ministerpräsident Barre zu unterstützen, da ihr eine weitere Verschlechterung der Wirtschaftslage als geeignetes Mittel zur Erlangung der Macht erscheint.

Auch aus der unklaren Natur des gegenwärtigen Regierungssystems erwachsen Schwierigkeiten: Es ist weder parlamentarisch wie jenes der Dritten und Vierten Republik; es weist aber auch nicht die bonapartistischen Züge etwa der Präsidentschaft General de Gaulles auf. Seine Ambiguität ergibt sich im wesentlichen aus der Rollenverteilung zwischen Staatschef und Regierung; Präsident Giscard d'Estaing hat hier bisher nicht Klarheit schaffen können. In seiner Pressekonferenz vom 17. Januar bestätigte er zwar die klassische gaullistische Theorie, dass der Präsident der Republik die grossen Linien der Regierungspolitik festlegt, während der Premierminister sich darauf zu beschränken hat, als Antriebskraft der Regierung diese Politik auszuführen. Aber diese Definition der Stellung des Präsidenten bleibt auf die Person General de Gaulles zugeschnitten, und es ist Giscard d'Estaing trotz seiner Fähigkeiten, seiner Sachkenntnis und seinem Geschick als politischer Dialektiker nicht gelungen, sich als Schiedsrichter und oberster Sachverwalter der französischen Nation durchzusetzen.

Giscard d'Estaings Reformen sollten ihn zum siegreichen Vorkämpfer einer neuen liberalen Gesellschaft machen und - was nicht gelang - seinen Mangel an natürlicher Autorität ausgleichen. Durch diesen Mangel ist auch das Problem jener losen politischen Rechtsgruppierung, auf die sich der Präsident der Fünften Republik seit 1962 stützt gekennzeichnet. Giscard d'Estaing ging nicht aus der zahlenmässig bedeutendsten orthodoxen Komponente der "Mehrheit" hervor; aber sie war ursprünglich trotzdem zur Mitarbeit bereit, und zwar unter einem

Premierminister, der sein Amt seiner Unterstützung des neuen Präsidenten gegen den gaullistischen Kandidaten verdankte.

Diese Allianz zweier Männer eher als zweier Parteien war von allem Anfang an gefährdet durch den Ehrgeiz Chiracs; sie konnte die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, den deutlichen Verlust an Ausstrahlungskraft durch den Präsidenten und die Erfolge der Union der Linken, für die sich ein Erfolg bei den Parlamentswahlen abzuzeichnen begann, nicht überleben. Bekanntlich hat das Datum dieser Parlamentswahlen, die Chirac vorverlegen wollte, bei seinem Rücktritt als Premierminister eine wichtige Rolle gespielt.

Chirac hatte nach seinem Rücktritt keine klar definierte Stellung; aber es gelang ihm, sich durch seinen Sieg in den Teilwahlen und durch seine geschickte Inszenierung einer schon früher des öfteren auf einen bestimmten Anlass hin praktizierten Umtaufe der gaullistischen Bewegung, diesmal der Umwandlung der UDR in das Rassemblement pour la République, wieder in den Vordergrund zu spielen. Er machte sich die ungeschickte und unkluge Ankündigung Giscard d'Estaings, dass der neue Premierminister Barre, ein nicht dem RPR angehörender Gaullist, 1978 die "nationale Wahlkampagne" führen werde, zu Nutze, um auch in die Gemeindewahlen einzusteigen: In Paris tritt er gegen den Kandidaten des Präsidenten der Republik auf.

Dieser Schritt war unter den gegebenen Umständen eine Herausforderung an den Präsidenten und führte, wie es Chirac zweifellos beabsichtigt hatte, zu einer Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Komponenten der "Mehrheit". Vielleicht wird es Chirac mit seinem aggressiven Stil gelingen, einen Teil der durch Giscard d'Estaings Mangel an Härte enttäuschten Wählerschaft auf seine Seite zu ziehen. Aber es ist unwahrscheinlich, dass seine Vorschläge an die Adresse der Sozialisten mehr als ein taktisches Manöver bleiben werden, denn Mitterrand kann in den jüngsten Ereignissen nur Erfolgchancen für seine Strategie der Union der Linken sehen. Es ist nicht

auszuschliessen, dass die "Mehrheit" aus den Gemeindewahlen stark geschwächt, wenn nicht gar endgültig gespalten hervorgehen wird; ihre Ausgangslage für die Parlamentswahlen, die schon durch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten belastet sind, wäre dann sehr ungünstig.

Der Hauptvorteil der "Mehrheit" liegt darin, dass die französischen Wähler im Grunde konservativ sind und dass sie die "kollektivistische" Koalition Mitterand- Marchais immer noch mit Misstrauen erfüllt. Die Anstrengungen der kommunistischen Partei, sich einen demokratischen, sogar "pluralistischen" Anstrich zu geben, haben nicht besonders überzeugt. Um den Sieg zu erringen, muss sich die an und für sich starke Opposition so gruppieren, dass sie sich im zweistufigen Wahlsystem durchsetzen kann. Das scheint heute noch kaum der Fall sein. Sollte es aber doch gelingen, sähe sich Giscard d'Estaing vor der Wahl zwischen einer Minderheitsregierung und einer Regierung unter dem Oppositionsführer.

## SPANIEN

Die Reformpolitik ist in letzter Zeit zwar auf zahlreiche Widerstände gestossen; aber der König ist entschlossen, sie zu einem erfolgreichen Abschluss zu führen, und sie hat dank dem Geschick und der Beharrlichkeit des Premierministers ihre Durchschlagskraft behalten.

Das Reformprojekt der Regierung wurde im November von den Cortes verabschiedet; Mitte Dezember wurde es in einem Referendum dem spanischen Volk vorgelegt und fand die Zustimmung einer sehr grossen Mehrheit. Die vorgesehenen Parlamentswahlen sollen im April oder Mai durchgeführt werden. Damit ist die endgültige Ueberwindung des aus der Zeit Francos stammenden autoritären Systems ein beträchtliches Stück näher gerückt.

Die Regierung hat eine Reihe von Vorfällen, die auf eine gewisse Verkennung ihrer Absichten in Armee und Polizei schliessen liessen, zum Anlass genommen, um den phalangistischen Kommandanten der Guardia Civil und mehrere Generäle durch liberalere Persönlichkeiten zu ersetzen. Sie hat für die Kommunisten, deren Führer Ende Dezember verhaftet und dann in Erwartung eines späteren Urteils sogleich wieder freigelassen wurde, eine vorläufige Toleranzregelung eingeführt.

Noch weitergehende Massnahmen der Regierung waren die Abschaffung der Ordnungsgerichte am 30. Dezember, der Beginn des offiziellen Dialogs mit der Opposition am 11. Januar und das Gesetz über das Gewerkschaftswesen, das den Cortes am 11. Januar im Entwurf vorgelegt wurde und womit sich Spanien auf diesem Gebiet den westlichen Demokratien anpassen würde. Die kommunistische Partei nimmt am Dialog zwischen Regierung und Opposition nicht direkt teil; aber in der Meinung der Opposition soll dieser Dialog zu ihrer Legalisierung und gleichzeitig auch zu einer allgemeinen Amnestie führen.

All dies hat bei jenen, die unter Franco zu Amt und Würden gekommen waren, nur schwachen Widerstand hervorgerufen, dafür aber die offenbar zu allem entschlossenen Gegner eines friedlichen Wandels zur Demokratie zum Angriff getrieben: Der Staatsratsvorsitzende Oriol wurde im Dezember entführt, der Präsident des obersten Militärgerichts, General de Villaescusa, im Januar; fünf, auf dem Gebiete der Arbeitskonflikte spezialisierte, progressive Anwälte wurden ermordet; schliesslich wurden auf Polizisten und Mitglieder der Guardia Civil Anschläge verübt. Es scheint, dass hinter dieser neuen Terrorwelle eher Rechts- als Linksextremisten zu suchen sind; ihre Absicht ist klar: die Regierung soll durch gezielte Attentate gezwungen werden, den Abbau des autoritären Machtapparates und dann wohl auch die Reformen rückgängig zu machen.

Die Regierung konnte die Herausforderung, die diese Anschläge auf Symbole der Autorität darstellten, nicht unbeantwortet lassen. Zur Sicherung des Demokratisierungsprozesses musste sie zu Sondermassnahmen greifen, wie sie unter Franco üblich waren, wobei jetzt allerdings diese Massnahmen von der demokratischen Opposition gebilligt werden: Dies ist ein Beweis für das Vertrauen, das die Regierung durch ihre bisherigen Anstrengungen gewinnen konnte. Es ist allerdings nicht auszuschliessen, dass eine Intensivierung des Terrorismus den Weg zu demokratischen Institutionen verbauen könnte.

Die schwersten Sorgen bereiten aber immer noch die wirtschaftlichen und die regionalen Probleme. Eine mögliche Lösung der letzteren läge in der teilweisen Verwaltungsautonomie für Katalonien und das Baskenland; aber bis jetzt sind in dieser Richtung nur schüchterne Schritte unternommen worden. Während die Wiederzulassung der katalonischen Sprache und Flagge eine vorläufige Entschärfung gebracht hat, herrscht unter der baskischen Bevölkerung eine starke Spannung. Zur wirtschaftlichen Lage sei auf die recht düstere Bilanz verwiesen, die der Finanzminister vor den Cortes gezogen hat: die Inflationsrate beträgt 20 % (nach einer anderen Quelle 22 %), das Handelsbilanzdefizit fast \$ 4 Milliarden, die Arbeitslosenrate 4 %. Die bisherigen Gegenmassnahmen der Regierung, insbesondere jene zur Ankurbelung der Wirtschaft, waren nicht energisch genug, die Investitionen sind ungenügend. Dies ist zu einem guten Teil darauf zurückzuführen, dass sich das Interesse der öffentlichen Meinung auf die politische Reform konzentrierte. Eine aktive Regierungspolitik ist kaum zu erwarten, bevor das neue Parlament zusammengetreten ist.

Tatsächlich befindet sich Spanien trotz aller Schwierigkeiten und trotz den Anschlägen der Terroristen im Zustand einer eigentlichen Wahlkampfgerung: Regierung und Opposition treffen zusammen, um in einer späteren Etappe schliesslich zu einer Einigung über die Anwendung des Wahlgesetzes zu kommen; die zahlreichen

Gruppierungen verhandeln, um sich im Frühjahr den Wählern als verhältnismässig geschlossene Gruppen stellen zu können. Es zeichnen sich zur Zeit vier grosse Richtungen ab: die Rechte, die in der Allianz des früheren Ministers Fraga Iribarne zusammengefasst ist, dann die Christlich-Demokraten und andere Zentrumsgruppierungen, die sozialdemokratische Linke (PSOE und PSP), schliesslich die marxistische Linke (PCE). Es ist im Augenblick noch schwer abzuschätzen, welche Anteile an Wählerstimmen diese Gruppierungen erzielen können.

Parallel zur politischen Reform im innern verläuft die nunmehr praktisch abgeschlossene Normalisierung der Beziehungen Spaniens mit den Staaten Osteuropas. Sie ist ein weiterer Beweis der Bedeutung, welche die neue Führungsequipe Spaniens der Integration des Landes in das restliche Europa beimisst. Spanien hat schon während der letzten Jahre des Franco-Regimes Handelsbeziehungen mit den osteuropäischen Staaten angeknüpft. Es hat soeben mit der Sowjetunion die 1939, am Ende des Bürgerkrieges, abgebrochenen Beziehungen wiederhergestellt, nachdem es schon zuvor Beziehungen mit Jugoslawien, Polen, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und der Tschechoslowakei aufgenommen hatte.



GROSSBRITANNIEN

Grossbritannien begann das neue Jahr im Zeichen des Austerity-Programmes, welches im vergangenen November dem Unterhaus in der Thronrede unterbreitet worden war. Es stellt ein Programm dar, wie es keine Labour-Regierung je konservativer formulierte, gibt es doch dem Wachstum der Industrieproduktion die absolute Priorität und umfasst keinerlei Massnahmen auf dem sozialen Sektor. An allen Teilen des Staatsbudgets wurden nie zuvor gekannte Abstriche gemacht.

Dieses Programm stellt die neueste Antwort auf eine Krise dar, deren Symptome in erster Linie wirtschaftlicher Natur sind, die sich indessen auf das ganze öffentliche Leben erstreckt und die Schwierigkeiten offenlegt, welche die britische Gesellschaft dabei empfindet, sich den Bedingungen der Gegenwart anzupassen.

Die britische Gesellschaft, welche im Gegensatz zu denen des Kontinents nie eine Revolution gekannt hat, zeigt auch heute noch, nach zwei Weltkriegen und nach dreissig Jahren Wohlfahrtsstaat, das nach Klassenunterschieden gegliederte Bild, welches früher für Europa bestimmend war. Traditionen, Gewohnheiten, Denkmodelle einer aristokratischen Schicht, welche den Dienst am Staat mit den Annehmlichkeiten des Sports und des Dilettantentums verbindet, haben sich als viel dauerhafter erwiesen als anderswo. Das Empire, welches dieser Lebensart eine fast unbegrenzte Ausdehnung verlieh und sie in der engeren Heimat überhaupt erst ermöglichte, ist verschwunden. Es bleibt die Nostalgie, die sich weigert, die Anpassung an das Zeitalter der "managers" und der "sales-promoters" vorzunehmen.

Die Sorge um die Ueberalterung der britischen Industrie ist nicht neu; auch ihre Schwierigkeiten sind bekannt, die bemerkenswerten Errungenschaften der britischen Forschung in konkurrenzfähige Produkte zu verwandeln und sich durch zusätzliche Anstrengung auf den Weltmärkten durchzusetzen. Die erstarrte Struktur der Gewerkschaften, in welcher sich fast ständestaatliche Ideen spiegeln, verbunden mit einer Organisation, welche Verantwortlichen einen übermässigen Einfluss gewährt, die von ihrer Ideologie und den Traditionen ihrer Umgebung her wenig Interesse am Wohlergehen der Wirtschaft haben, die relativ niedrige Produktivität der Arbeitnehmer, die sich daraus ergibt - dies alles sind Erklärungen für die schwache Leistung dieses Landes, welches einst eines der ersten in Europa in Bezug auf das pro-Kopf-Einkommen war. Dieser Rückschritt bewirkt seinerseits einen ziemlich niedrigen Lebensstandard der Arbeiter, der wohl durch die Leistungen des Wohlfahrtsstaates etwas gemildert wird, wenn auch auf Kosten einer entmutigend wirkenden Steuerbelastung. Die wenig flexible Struktur des Parteiensystems, eine Folge des Majorzwahlsystems, hat zu einer gewissen Versteinerung der Institutionen geführt, in welchen die Gewerkschaften sich plötzlich mit einer Machtfülle ausgestattet sahen, die sie nicht mehr verkraften konnten. Der Wechsel der Parteien an der Spitze der Regierung, an und für sich ein Element der politischen Stabilität, muss durch einen hohen Preis erkaufte werden, nämlich durch dauernde Fraktionskämpfe, vor allem innerhalb der Labour Party, die durch einen ideologischen Flügel gelähmt wird, der in diesem pragmatisch veranlagten Lande fast wie ein Fremdkörper erscheint.

Diese Schwierigkeiten erleichterten die Aufgabe der Regierung keineswegs, besonders als es darum ging, nach der Dekolonisierung zuerst die Währungskrise (die für Grossbritannien noch durch seine besondere internationale Verantwortung auf diesem Gebiet erschwert wird), dann den Bürgerkrieg in Nordirland, dann die Erdölkrise und die Rezession zu verkraften. Zu diesen Problemen kamen

gleichzeitig zwei für England völlig neue positivere Aufgaben, nämlich sein Beitritt zum Gemeinsamen Markt und das Experiment der Regionalisierung in Schottland und Wales. Wenn man all diesen Aspekten noch die Verkleinerung der traditionellen Fischereizonen durch die Ausdehnung der nationalen Fangbereiche verschiedener Staaten sowie als Aktivposten die Entdeckung von Oelfeldern in der Nordsee hinzufügt, so stellt man eine gleichzeitige Umwandlung fast aller Sektoren wirtschaftlicher Tätigkeit und aller Bereiche des öffentlichen Lebens fest. Sie stellt die Devise, sich selbst treu zu bleiben, welche die Engländer mit ihrem grossen Shakespeare zusammen stets hochgehalten haben, vor eine schwere Belastungsprobe.

Die Wirtschaftskrise ist ernst: Stagnation des Brutto-sozialprodukts, Arbeitslosigkeit (5% der aktiven Bevölkerung), eine Inflation von gegen 14%, Stillstand der Exporte und eine namhafte Auslandsverschuldung.

Die massive Unterstützung, welche Grossbritannien kürzlich von den anderen Industriestaaten zu relativ günstigen Bedingungen gewährt wurde, hat zu einer Festigung des Pfundes geführt und der Regierung Callaghan eine Schonzeit eingeräumt, die es ihr erlauben sollte, die Auswirkungen ihres Programmes abzuwarten.

Die längerfristigen Aussichten hängen indessen von der Anpassungsfähigkeit der britischen Bevölkerung in der nahen Zukunft ab, aber ebenso sehr auch von der allgemeinen Entwicklung der europäischen Integration. Die Gemeinschaft durchläuft eine Durststrecke. Sie kann erst dann wieder einen Beweis ihrer Wirksamkeit ablegen, wenn es ihr gelingt, auch ihre weniger robusten Mitglieder zu stärken und sie zur Prosperität zu bringen.

OSTEUROPA

Die Ereignisse, die sich kürzlich in den drei europäischen Staaten abspielten, die man vor dem "Prager Frühling" bisweilen als "eisernes Dreieck" bezeichnete, nämlich Polen, die DDR und die Tschechoslowakei, gehen nicht nur auf Ursachen zurück, die allen drei Staaten gemeinsam sind, sondern zeigen ebenso viele nationale Unterschiede. Sie müssen auch von der Aktivität der Dissidenten in der Sowjetunion getrennt betrachtet werden, obwohl auch dort eine gewisse gegenseitige Beeinflussung festzustellen ist.

Die latente Unzufriedenheit, die seit mehreren Jahren in den drei genannten Staaten in weiten Kreisen der Bevölkerung besteht, hat ihre wirtschaftlichen Gründe und kann nicht vom Bestreben getrennt werden, diese Staaten mehr und mehr in den Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (besser bekannt als COMECON) zu integrieren, und zwar zugunsten der weniger entwickelten sowjetischen Wirtschaft. Die UdSSR hat besonders im Bereich der Rohstoffpreise (vor allem des Erdöls) eine Politik betrieben, die es sich zum Ziel setzte, ihre eigenen Importmöglichkeiten zu vergrössern. Dadurch brachte sie jedoch das ganze künstliche Preisgefüge bei ihren wichtigsten Handelspartnern in Unordnung.

Diese wirtschaftlichen Spannungen, die noch durch die Rückwirkungen der Dürre und der Rezession im Westen verstärkt wurden, ereigneten sich in Staaten, deren Regierungen in Ermangelung politischer Legitimation gezwungen waren, sich beim Konsumenten durch manchmal wirtschaftsfeindliche Konzessionen beliebt zu machen. Dies traf besonders auf Polen zu, wo Gierek, selbst durch Arbeiterunruhen im Gefolge von Preiserhöhungen auf gewissen Lebensmitteln zur Macht gelangt, gerade auf diesem Gebiet eine immer teuer werdende Politik der Konzessionen durchhalten musste.

- 12 -

Polen ist indessen das einzige Land, in welchem wirtschaftliche Fragen die ausschlaggebende Rolle bei Ausbruch der Unruhen gespielt haben, obwohl es auch unter diesem Regime, welches nach Ungarn als das im Osten Europas relativ "liberalste" gilt, an politischem Zündstoff nicht mangelte. Wie im Jahre 1970 führte eine ungeschickte und überstürzte Erhöhung gewisser Preise zu den Unruhen. Diese wurden zunächst von der Arbeiterschaft getragen; erst in einer zweiten Etappe griff die Kontestation auf die Intellektuellen über, die sich gegen die Repression zur Wehr setzten. Die Gründung des "Komitees zum Schutze der Arbeiter" führte zu der Solidarisierung zwischen Intellektuellen und Arbeitern, welche die östlichen Machthaber so besonders fürchten, wobei der Einfluss über die Grenzen hinausreichte. Schon 1956 und 1968 waren ähnliche Einflüsse von Polen ausgegangen.

Die DDR war auf diese Art der Kontestation in keiner Weise gefasst. Der Staat Walter Ulbrichts und Erich Honeckers hat in den 25 Jahren seines Bestehens, im Gegensatz zu Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn, kaum einen ernstzunehmenden intellektuellen Widerstand gekannt. Die wenigen offenen Widersacher, wie Professor Havemann, wurden ohne grosses Aufsehen neutralisiert. Der einzige non-konforme Künstler, der in den letzten Jahren ein gewisses Echo in der Öffentlichkeit hätte haben können, Wolf Biermann, war weitgehend zum "Singen in den eigenen vier Wänden" verurteilt. Der Entschluss, ihn nach einem Konzert in der Bundesrepublik, welches über das westdeutsche Fernsehen auch in der DDR weite Verbreitung fand, auszubürgern, widerspiegelt die ganze Problematik der Nachbarschaft mit einem anderen Staat gleicher Nation, der zudem voller Dynamik ist und dessen Massenmedien sich einer grossen Freiheit erfreuen.

Dieser Entschluss stellte die Intellektuellen der DDR, die sich an ein subtiles Spiel mit den Behörden um ein Minimum an Autonomie gewöhnt hatten, vor eine schwierige moralische Wahl. Eine

kleine Anzahl unter ihnen entschloss sich zu einer festen Stellungnahme. Die Reaktion der Parteileitung zeigte Spuren der Unsicherheit, die durch unter massivem Druck erreichte Loyalitätserklärungen nicht behoben wurden.

Die gegen Biermann getroffene Massnahme war weniger gegen die kritischen Verse des Liedermachers als gegen die Abwendung eines Teils der Bevölkerung vom Staat, namentlich unter der jüngeren Generation, gerichtet, die sich in über 100'000 Ausreisegesuchen manifestierte. Die Hoffnung der DDR-Behörden, dass sich diese Zahl durch die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik zurückbilden werde, haben sich als verfehlt erwiesen.

Das Problem der Auseinandersetzung mit der Bundesrepublik hat die ganze Geschichte der DDR geprägt. Sie war der Grund zur materiellen Trennung, die sich im Bau der Berliner Mauer ausdrückte, dann zur ideologischen, rechtlichen und kulturellen Abgrenzung, die die Unterschiede zum Nachbarn im Westen unterstreichen sollte. Seit schliesslich der Begriff der "deutschen Nation" aus der Verfassung der DDR gestrichen wurde, gehen die Bemühungen dahin, das Bewusstsein einer "sozialistischen Nation" zu entwickeln. Der zweite deutsche Staat hat so, zusätzlich zum Problem der Legitimität, das er mit allen anderen "Volksrepubliken" teilt, ein Problem der Identität. Die Ablösung des Doktrinärs Ulbricht durch den pragmatischeren und zugänglicheren, Erich Honecker hat diesen grundlegenden Widerspruch nicht aufgehoben. Im Gegenteil, dieser wurde durch die Vergrösserung des Austausches von Personen und Gütern, vor allem als Resultat des Grundvertrages von 1972, noch verstärkt. Die Versuchung ist daher für die DDR gross, dieser für sie unerfreulichen Entwicklung dadurch zu begegnen, dass sie am Status Berlins herumrüttelt, wie sie das erst kürzlich wieder getan hat. Wir werden auch auf die Rolle der Schlussakte von Helsinki in diesem Zusammenhang zurückkommen.

In der Tschechoslowakei, einem Land, das man nur ungern als osteuropäisches bezeichnet, da es so offenbar in der Mitte unseres Kontinents liegt, ist die Ausgangslage mit derjenigen in der DDR in gewisser Hinsicht ähnlich: ein seit langer Zeit hoch-industrialisiertes Land mit einer echten demokratischen Tradition und unzähligen Bindungen zum Westen, wurde brutal auf Moskau ausgerichtet. Neben der Opposition der Bevölkerung, die sich 1968 im berühmten "Klub 231" Luft gemacht hatte, der grössten nicht-kommunistischen politischen Organisation, die je in einer Volkdemokratie entstanden ist, bleibt der heute vollkommen neutralisierte demokratische Flügel der kommunistischen Partei präsent, wenigstens durch das Ueberleben seiner zur quasi-Anonymität verurteilten Anführer. Die Intellektuellen, die bei der Ueberwindung des Nowotny-Regimes eine führende Rolle gespielt hatten, wurden später durch ständige Verfolgung zur politischen Inaktivität verdammt. Die früheren Anhänger dieser Gruppen glauben nach wie vor an das Modell des "Sozialismus mit menschlichem Gesicht", welcher im Jahre 1968 eine kurze Blüte erlebt hatte und der in erster Linie wegen seiner Ansteckungsgefahr unterdrückt wurde. Die Ueberlebenden dieser Bewegung, seit Jahren nach Orwell'schem Muster zur "unperson" erklärt, waren die Verfasser und Unterzeichner des "Charta 77" genannten Dokuments, welches am ersten Tage dieses Jahres veröffentlicht wurde.

Bedeutender noch als der Inhalt dieses Manifests sind die Namen seiner Unterzeichner (Hajek, Kohout, Vaculik, Kriegel, Havel). Diese Namen erklären die Reaktionen der Führung der CSSR und ihre Ueberraschung angesichts einer im Geheimen vorbereiteten Aktion, die nach Jahren der scheinbaren Resignation die Erinnerungen an 1968, die im Volke noch lebendig sind, wieder zum Vorschein brachte. Husak und seine Gruppe, durch diese Tatsache verunsichert, scheinen sich durch die Taktik der administrativen Aufreibung retten zu wollen, die sich schon in der Vergangenheit gegenüber der Opposition bewährt hatte.

In allen drei Fällen (Polen, DDR und CSSR) hat die Schlussakte von Helsinki eine nicht zu unterschätzende Rolle gespielt. Es ist bekannt, dass ihr Text in allen Staaten Osteuropas weit verbreitet wurde. Die Erwähnung der Menschenrechte, Resultat zäher Verhandlungen in Genf, und die Bestimmungen des "Korbes III" haben in der Bevölkerung ein recht grosses Echo gefunden, besonders durch den offiziellen Charakter, der ihnen nach der Veröffentlichung zukam. Es ist daher nicht überraschend, wenn viele Auswanderungswillige in der DDR wie auch die Autoren der "Charta 77" nicht zögerten, sich darauf zu berufen. Gleichzeitig trug die Schlussakte dazu bei, das Interesse für die UNO-Menschenrechtskonventionen und die entsprechenden Passagen der einzelnen nationalen Verfassungen zu wecken. Ein anderes Dokument, die Berliner Erklärung der kommunistischen Parteien, welches die Unabhängigkeit einer jeden Partei garantiert, aber auch die an jener Konferenz gehaltenen und im "Neuen Deutschland" in extenso abgedruckten Reden der "Eurokommunisten" trugen ebenfalls zur geistigen Unruhe bei. Dies erstaunt umso weniger, wenn man an die Rolle denkt, die der "Prager Frühling" bei der fortschreitenden Entstalinisierung der kommunistischen Parteien im Westen spielte, die heute die Dissidenten im Osten unterstützen.

Die Sowjetunion ist sich dieser Gefahr sehr bewusst. Seit dem vergangenen August begannen die Chefs der regierenden kommunistischen Parteien, Breschnew auf der Krim ihre Aufwartung zu machen, um die Reihen der "sozialistischen Gemeinschaft" wieder zu schliessen. Bei seinen Reisen nach Belgrad und Bukarest versuchte Breschnew selbst, die in Berlin gemachten Konzessionen wieder rückgängig zu machen. Jugoslawien hat sich trotz energischer Druckversuche von sowjetischer Seite standhaft gezeigt. Seine Position wurde anlässlich des kürzlichen Besuches Honeckers noch zusätzlich unterstrichen. Belgrad hat auch die Forderungen Breschnews nach militärischen Ueberflugrechten und nach einer Marinebasis in der Bucht von Kotor zurückgewiesen. In Rumänien hat Ceausescu dem ominösen Begriff des "proletarischen Internationalismus" zustimmen müssen, den er übrigens



mit Unterstützung Chinas zu seinen eigenen Zwecken auf sehr persönliche Art ausnützt. Rumänien hat auch in anderen Punkten anlässlich der Bukarester Konferenz der Warschaupakt-Staaten nachgeben müssen. Es musste sich gegen seinen Willen der Schaffung eines aussenpolitischen Rates und einem permanenten, wenn auch nicht ortsgebundenen Sekretariat anschliessen.

In diesen beiden Ländern, Rumänien und Jugoslawien, stellt sich das Dissidentenproblem auf unterschiedliche Art und Weise, und zwar infolge der Bemühungen, die beide, wenn auch mit ungleichem Erfolg, im Hinblick auf eine unabhängigere Politik unternehmen. Rumänien betreibt nach wie vor eine fast stalinistische Innenpolitik; die in keiner Weise organisierten Dissidenten werden rücksichtslos verfolgt. In Jugoslawien, einem Einparteienstaat, der dennoch über eine beneidenswerte kulturelle Freiheit verfügt, ergeben sich die Reaktionen der Regierung aus allgemeinpolitischen Ueberlegungen (die Verfolgung Minailovs wird z.B. durch die Begründung gerechtfertigt, er habe Lenin beleidigt), oder dann aus seiner Nationalitätenpolitik (wie etwa im Falle der Unterdrückung der kroatischen Nationalisten).

Ungarn scheint keine direkten Probleme zu haben. Eine Gruppe von Schriftstellern hat zwar die "Charta 77" unterstützt, ohne jedoch die Zustände im eigenen Land zu kritisieren.

Zum Abschluss noch ein Wort über die Lage in der Sowjetunion. Die imperiale Macht, die stets eine wichtige ideologische ja sogar messianische Komponente hatte, hat einen Höhepunkt erreicht, der jedoch kein Ende der Ambitionen erkennen lässt. Diese sind heute weniger im territorialen Bereich zu suchen (mit Ausnahme einiger nicht verwirklichter Aspirationen, von denen zur Zeit nicht mehr die Rede ist), sondern zeigen das Bestreben, überall in der Welt einzugreifen und sich zu manifestieren, wie sich dies am offensichtlichsten in der Entwicklung der sowjetischen Hochseeflotte zeigt. Das Reich selbst ist in drei konzentrische Kreise eingeteilt: Russland, das

erwählte Volk, das seine besondere Rolle von der byzantinischen Erbschaft einerseits und von seinem Primat in der Weltrevolution andererseits ableitet; sodann die anderen Völker der Sowjetunion, die zur Teilnahme am wirtschaftlichen Aufstieg der Russen zu ungefähr gleichberechtigten Bedingungen eingeladen sind, aber unter Preisgabe ihrer Rechte und manchmal ihrer Identität. Letztlich die Mitglieder der "sozialistischen Gemeinschaft", die durch die "Gesetze der Geschichte" zu einer immer stärkeren Integration mit der Sowjetunion verurteilt sind und die sich tatsächlich nur einer "begrenzten Souveränität" erfreuen.

Es gibt demzufolge in der Sowjetunion zwei Arten von Dissidenten. Diejenigen der "jüngeren Republiken" sind gleichzeitig fast immer Nationalisten und als solche Ziel einer besonders scharfen Ueberwachung. Die Dissidenten aus Russland ihrerseits zerfallen in zwei Hauptrichtungen, sieht man von den brillanten, aber wenig zahlreichen Marxisten-Leninisten ab: Die altrussische, religiöse Bewegung, die der alten imperialen Tradition verpflichtet ist und die man zu Recht mit den Slawophilen des 19. Jahrhunderts vergleicht, und der liberal-konstitutionellen vom Westen beeinflussten Bewegung, deren Vertreter Sacharow ist. Wenige unter ihnen sind sich bewusst, dass die allerdings unwahrscheinliche Erfüllung ihrer Ideen nach menschlichem Ermessen das Ende der heutigen Sowjetunion bedeuten würde, denn weder die eine noch die andere Theorie wäre in der Lage, ein grosses, multinationales Reich, welches Völker so unterschiedlicher Herkunft umfasst, bis zum Ende des 20. Jahrhunderts zu tragen. Diese Ueberlegung allein verweist diese kleinen Gruppen an den Rand der russischen Gesellschaft, besonders im Verhältnis zur privilegierten und gebildeten Führungsschicht. Die Kritik, welche sie an die Regierung richtet und die in ihrem Idealismus einer grossen Tradition entspricht, hat im Volk keinerlei Echo. Dieses beklagt sich über die Ineffizienz des Wirtschaftsapparates, vor allem in den Bereichen Transport und Verteilung und gibt seiner Opposition durch eine weit verbreitete und variationsreiche Kleinkriminalität Ausdruck.

- 18 -

Unter diesen Umständen kann sich das Regime eine gewisse Grosszügigkeit gegenüber den Dissidenten leisten, denn man hält sie auf absehbare Zeit nicht für fähig, grössere Teile der Bevölkerung zu mobilisieren. Es ist immerhin zu beachten, dass sich auch in der Sowjetunion die Dissidenten auf die Schlussakte von Helsinki berufen. Dabei ist das Komitee, das es sich in Moskau zum Ziel gesetzt hat, die Durchführung der Schlussakte zu überwachen, für die Behörden weniger gefährlich als ein ähnliches Komitee in Kiew, wo sich in die Dissidenz auch nationalistische Untertöne mischen.

Die Sowjetunion sieht sich demnach heute einer Kontestation ausgesetzt, die gleichzeitig bei ihr selbst und in drei anderen Staaten des Warschaupaktes auftritt. Die Lage der UdSSR ist umso heikler, als sich all dies nur wenige Monate vor der Belgrader Konferenz abspielt, deren Aufgabe es ist, die Resultate der KSZE zu überprüfen. Die Konferenz geht auf eine Initiative der Sowjetunion zurück, für welche diese schon während der Genfer Verhandlungen ihr Interesse in dem Masse verloren hatte, in welchem sich der berühmte "Korb III" mit seinen menschlichen Kontakten füllte. Heute bemüht sich die UdSSR, die Belgrader Konferenz auf Vorschläge hin auszurichten, die mit der Schlussakte nicht mehr viel gemeinsam haben, wie etwa Abrüstungskonferenzen und Verzicht auf die Verwendung von Atomwaffen. Nachdem die Dissidenten mit Blick auf Belgrad handeln, ist es nicht auszuschliessen, dass die Sowjetunion sich auch im Bereiche des "Korbes III" auf eine Gegenoffensive vorbereitet.

Die Belgrader Konferenz bringt das doppelte Dilemma zum Vorschein, vor welchem ihre Teilnehmer angesichts der gegenwärtigen Lage in Europa stehen. Der Osten ist durch die Schlussakte von Helsinki zu einer gewissen Liberalisierung angehalten. Diese kann zu Manifestationen der Dissidenten führen, die für die betreffenden Regimes unerträglich sind. Sie müssen daher zu Sanktionen greifen, die im Widerspruch zur Schlussakte stehen. Im Westen ist man darum bemüht, die bescheidenen Verbesserungen, welche die Schlussakte

- 19 -

für die Bevölkerung im Osten erbracht hat, nicht aufs Spiel zu setzen. Dies aber wäre der Fall, wenn die sich in ihrer Existenz bedroht fühlenden Regimes im Osten zur Repression Zuflucht nehmen würden. Die westlichen Regierungen sind übrigens in ihren Reaktionen auch nicht ganz frei, denn die öffentliche Meinung erwartet, dass die begrenzten Verpflichtungen, die in Helsinki eingegangen wurden, in korrekter Weise honoriert werden.

Man kann sich vorstellen, dass Moskau gegenwärtig seinen Satelliten zur Mässigung rät, um eine Explosion zu vermeiden, die zu einer bewaffneten Intervention führen müsste. Eine solche würde vielleicht vom Westen nicht mehr in der gleichen Art aufgenommen wie 1968. Die Moskauer Führungsgruppe "reiferen Alters", wie der offizielle Euphemismus des Kreml lautet, dürfte kaum bereit sein, das Risiko auf sich zu nehmen, der Entspannung in dieser Weise ein Ende zu setzen.

NAHER OSTEN

Wenn alles so verläuft, wie es sich die wichtigsten arabischen Staatschefs vorstellen, würde 1977 sicher als das für die Lösung des Nahostkonflikts bedeutendste Jahr in die Geschichte eingehen. Laut jüngsten Erklärungen wollen Präsident Sadat, Präsident Assad und König Hussein alles unternehmen, um noch diesen Frühling eine neue Runde der Genfer Konferenz einberufen zu können. In zwei Resolutionen vom 9. Dezember fordert die UNO-Vollversammlung ein Zusammentreten der Konferenz spätestens im März, und zwar unter Beteiligung einer palästinensischen Delegation. All dies enweckt den Eindruck einer neugefundenen arabischen Einheit in der israelischen Frage, wie sie in diesem Ausmass seit dem Oktoberkrieg 1973 nicht mehr geherrrrcht hatte. Der Wandel ist sehr rasch eingetreten: Noch im Oktober waren Aegypten und Syrien über dem Krieg im Libanon und auch über das Sinaiabkommen zutiefst gespalten, und Syrien befand sich in einem Konflikt mit den palästinensischen Milizen.

Diese überraschende Wendung kam auf Betreiben König Khaled von Saudi-Arabien zustande; er versammelte die damals verfeindeten Präsidenten von Aegypten und Syrien, den PLO-Chef Arafat und den neuen libanesischen Präsidenten, deren Anwesenheit er sich nicht zuletzt durch seine Möglichkeit zur Gewährung und zur Verweigerung von finanzieller Hilfe versicherte, am 18. Oktober zum "kleinen Gipfel" in Riad. König Khaled hatte getreu den Traditionen seines Hauses in den Kulissen seit langem versucht, eine Lösung des unglückseligen Krieges im Libanon zu finden. Sein Interesse daran war vielfältig: Im Libanon stand für Saudi-Arabien wirtschaftlich viel auf dem Spiel (vor allem auf dem Immobilien-Sektor); es finanzierte die Kämpfenden auf verschiedenen Fronten; es wünschte eine rasche Regelung des israelisch-arabischen Konfliktes, der regelmässige und immer schwerere Oelkrisen zu provozieren droht; schliesslich wollte Saudi-Arabien den palästinensischen Progressiven, die als Atheisten gelten, dem mit ihnen verbündeten "harten" arabischen Regimes und

der UdSSR das Wasser abgraben.

Die Vermittlung kam zu einem Zeitpunkt, da die Syrer und die Christen im Libanon erreicht hatten, was sie vernünftigerweise erwarten konnten; die PLO wollte neuerliche Katastrophen vermeiden, und Aegypten suchte die Versöhnung, weil ein Friedensschluss mit Israel ohne Syrien undenkbar ist. So kam es rasch zu einem Abkommen, und es hat sich als dauerhafter erwiesen als ursprünglich erwartet. Es wurde auf dem Kairoer Gipfel bestätigt, wo auch die Einverleibung der wirkungslosen arabischen Friedensstreitmacht in die syrische Interventionsarmee beschlossen wurde.

Das Abkommen entsprang dem Willen Aegyptens und Syriens, angesichts der riesigen Aufbauvorhaben und im Falle Aegyptens auch einer, wie sich inzwischen bestätigt hat, explosiven Situation im sozialen Bereich die ruinösen und nutzlosen Militärausgaben einzudämmen. Dem Libanon brachte es Ruhe und eine Technokraten-Regierung, jedoch noch nicht die Lösung aller Probleme, die sich dem Frieden in den Weg stellen. Die Extremisten sind vorläufig ausgeschaltet; aber sie könnten wieder an Boden gewinnen, wenn nicht rasche Fortschritte erzielt würden. Es ist daher eine intensive diplomatische Aktivität zur Abstimmung der Politik der sogenannten "Front"-Staaten im Gange.

Ihre bisherigen Ergebnisse sind die gestiegene militärische und politische Zusammenarbeit zwischen Aegypten und Syrien, deren Ausmass und Bedeutung noch schwer abzuschätzen sind, und die Tatsache, dass die Palästinenser nun eher bereit scheinen, einer realistischen Lösung der nationalen Frage die Hand zu bieten.

Die Grundlagen, auf denen sich Aegypten und Syrien einigten, sind im Grunde nicht neu, besonders nicht die Forderung an Israel nach einer Räumung aller im Jahre 1967 besetzten Gebiete, die Golanhöhen und Ost-Jerusalem eingeschlossen. Aber Assad hat deutlich

zu verstehen gegeben, dass er in der Frage einer Demilitarisierung der Golanhöhen zu Zugeständnissen bereit sei. Auch die Pläne für einen palästinensischen Kleinstaat aus Cisjordanien und dem Gazastreifen und eventuell einem Verbindungskorridor nehmen Gestalt an: sowohl Aegypten wie Syrien und natürlich auch Jordanien sprechen sich für eine institutionelle Bindung zwischen dem neuen Palästina und dem haschemitischen Königreich aus und kommen so einer israelischen Forderung entgegen.

Unter diesen Bedingungen hat sich Sadat zu einem "formellen, legalen und öffentlichen" Frieden bereit erklärt; damit könnte Aegypten den israelischen Schiffen auch die freie Durchfahrt durch den Suezkanal und die Strasse von Tiran garantieren.

Die palästinensische Haltung ist weniger klar. Der gemässigte Flügel der PLO unter dem Direktor für Auswärtiges Kadhumi hat das libanesische Debakel zum Anlass genommen, um die Idee einer Kompromisslösung zu verfechten. Im September nahm ein palästinensischer Abgesandter in Paris erstmals mit israelischen Vertretern Kontakt auf. Die Gespräche waren ermutigend, wenn auch wohl nicht so, wie man es in Israel dargestellt hat. Der gemässigte Flügel hat im Exekutivkomitee grossen Einfluss; aber er hat sich im Zentralkomitee nicht auf Antrieb durchsetzen können, und der Nationalrat (d.h. das Parlament) hat noch nicht einberufen werden können, um über das Projekt des Kleinstaates zu befinden. Die seinerzeitige Idee einer Exilregierung, die den zivilen Einfluss erhöht hätte, ist nicht weiterverfolgt worden. Es wird nicht leicht sein, die von Kadhumi und anderen Gemässigten vorgeschlagenen Konzessionen, so die Anerkennung des Staates Israel und sogar des "Heimkehrergesetzes", das jedem Juden die Niederlassung in Israel erlaubt, bei der Grosszahl der militanten Palästinenser durchzusetzen.

Diese Unsicherheit beschäftigt die arabischen Führer offensichtlich und erklärt ihr Bestreben, die Palästinenser in eine gemein-

same arabische Front zu integrieren, indem sie z.B. für die Genfer Konferenz in eine grössere arabische Delegation aufgenommen würden. Die Idee ist heute zweifellos überholt, aber die arabischen "Front"-Staaten scheinen noch nicht zu einer Einigung in dieser für beide Seiten wichtigen Frage gekommen zu sein.

Israel bleibt ein Unsicherheitsfaktor: Durch die von Rabin provozierte Regierungskrise sind die Wahlen um sechs Monate verschoben worden; aber man weiss noch nicht, wer sich mit wem zusammensetzen wird, und insbesondere ist noch nicht klar, ob die in jüngster Zeit aufgetretenen Zentrumsgruppierungen stark genug sein werden, um einen Mittelkurs bestimmen und das gespaltene Land auf eine Verhandlungslösung festlegen zu können. Hier wird viel von Präsident Carter und seiner Regierung abhängen. In Israel herrschte eine Tendenz zur Unnachgiebigkeit, weil man - zweifellos überoptimistisch - Carter der israelischen Sache für geneigter hielt als Ford und Kissinger.

Die Vereinigten Staaten befinden sich weiterhin in einer Schlüsselstellung, wie kürzlich auch Assad unterstrich. Viel wird von den Garantien abhängen, die sie zu bieten bereit sind, damit Israel einer Räumung der Gebiete, auf denen der neue palästinensische Staat errichtet werden soll, zustimmen kann. Man wird die Ergebnisse der Reise von Staatssekretär Vance abwarten müssen, um sich eine Vorstellung von der neuen amerikanischen Konzeption zu machen.

Die Sowjetunion bleibt ein wesentlicher Faktor in jeder Lösung, könnte sie doch durch ihre Unterstützung der Extremisten eine negative Rolle spielen. Sie setzt sich heute dafür ein, dass die harten palästinensischen Widerstandsgruppen einer Lösung zustimmen, die den legitimen Ansprüchen des palästinensischen Volkes gerecht wird. Diese Haltung der Sowjetunion hat Aegypten bewogen, diskret eine Annäherung zu suchen; aber die jüngsten Wirren haben zu einer erneuten Abkühlung geführt.



- 24 -

Die Zeit drängt; mehrere arabische Staaten bestehen darauf, dass 1977 eine Lösung gefunden werde. Einige drohen, auf die Palästina-Resolution von 1947 zurückzugreifen, falls Israel diese Gelegenheit verstreichen lasse. Saudi-Arabien hat seine gemässigte Oel-preispolitik von tiefgreifenden politischen Fortschritten abhängig gemacht und droht im gegenteiligen Fall mit der Boykott-Waffe. Aegypten und andere gemässigte Länder sind im Innern gefährdet. Die Extremisten schliesslich, die im Libanon den kürzeren zogen, könnten ihre Kraft bald wiederfinden, wenn die Dynamik einer friedlichen Lösung nicht aufrechterhalten bleibt.

## SUEDLICHES AFRIKA

Dieses von der Natur mit traumhaften Reichtümern gesegnete Riesengebiet, in dem die Menschen in einen undurchsichtigen Kampf verwickelt sind, steht heute in Erwartung der politischen Entscheidung, die Präsident Carter nach dem Abschluss der Mission seines UNO-Botschafters Andrew Young fällen wird.

Youngs erster Besuch galt Ivor Richard, dem Präsidenten der Genfer Rhodesien-Konferenz, die nach der Ablehnung von Richards neuen Vorschlägen durch Ian Smith vertagt worden ist.

Es sei daran erinnert, dass Smith der Uebergabe der Macht an die Mehrheit als Teil eines von Kissinger zusammengestellten "Paketes" zugestimmt hatte; das Paket sah eine Uebergangsregierung vor, die der weissen Minderheit bis zum Datum der Unabhängigkeit das letzte Wort gegeben hätte. Aber weder die schwarz-rhodesischen Führer noch die sie unterstützenden "front-line" Staaten (Angola, Botswana, Mozambique, Tansania, Sambia) akzeptieren das "Paket".

Die Genfer Konferenz begann so mit einem von Kissinger gewollten "Missverständnis", um alle Beteiligten an einen Tisch zu bringen. Smiths Taktik war es, sich hinter den globalen Charakter des "Paketes" zu verschanzen und zu erklären, er sei an seine Zusage der Mehrheitsregierung nur gebunden, wenn das Gesamtpaket angenommen werde. Diese Taktik wurde erleichtert durch die Uneinigkeit unter den schwarzen Führern, die in Rhodesien selber unterschiedlich starke Unterstützung genossen und daher versucht waren, verschiedene Wege zur Macht einzuschlagen. Bischof Muzorewa setzte auf Wahlen, ist er doch der Führer des ANC, der die beiden rivalisierenden Gruppen ZAPU und ZANU in sich vereinigt, die sich auf den grössten Stamm der Shonas stützen, Joshua Nkomo, ein Matabele und

Vertreter der Guerilleros und Mugabe setzten ihr Vertrauen in den bewaffneten Kampf: sie präsentierten sich während der Konferenz als Abgesandte einer neuen "Patriotic Front", was ihnen an den Gesprächen einen gewissen Vorteil verschaffte.

Ivor Richard hatte aus der ersten Phase der Konferenz den Eindruck gewonnen, dass zur Lösung ein gesteigertes Engagement Grossbritanniens nötig sei, und er erreichte es, dass London der Idee eines britischen Hochkommissars und vielleicht eines Oberkommandierenden der Streitkräfte während der Uebergangszeit zustimmte. Tatsächlich erwachsen die Meinungsverschiedenheiten über den Kissinger-Vorschlag einerseits aus der Furcht der Weissen vor einer im Chaos endenden Uebergangszeit, während andererseits die Schwarzen Smith nicht trauten und fürchteten, die Macht in den Händen der Weissen könnte vor der Unabhängigkeit zu Massnahmen missbraucht werden, die eine zukünftige Regierung durch die Mehrheit einschränken würden.

Die ablehnende Haltung Smiths ist nicht als endgültig angesehen worden, und sie gilt allgemein als Verteidigungsreaktion gegenüber der neuen amerikanischen Regierung, von der man damals schon sagen konnte, dass sie sich mehr auf die Seite der Schwarzen stellen würde als die vorherige Regierung.

Eine weitere wichtige Entwicklung war die Anerkennung der "Patriotic Front" durch die "front-line" Staaten trotz der Reserven, die einige von ihnen gegenüber Nkomo hatten. Diese Anerkennung erhöht den Druck, den die Proklamierung des Kampfes bis aufs äusserste geschaffen hatte; aber sie erhöht auch die Versuchung für das Smith-Regime, mit den gemässigten schwarzen Führern wie Bischof Muzorewa eine Einigung zu suchen.

Bischof Muzorewa selber scheint mit dieser Idee zu spielen, obwohl sie bei seinen rhodesischen Anhängern nicht gut ankommt und obwohl der Kleinkrieg damit noch keineswegs am Ende wäre.

Auch die südafrikanische Regierung ist in einer Wartestellung. Sie hat die Ablehnung des neuen Plans von Richard durch Smith bedauert und befürchtet ein Wiederaufflammen des Terrorismus an ihren Grenzen. Man kann allerdings annehmen, dass sie auf Smith keinen Druck ausüben wird, bevor die amerikanische Haltung nicht bekannt ist.

Das Schicksal Rhodesiens hat einen direkten Einfluss auf die Ueberlebenschancen des Regimes in Pretoria, und die bald einmal zu formulierende amerikanische Politik wird zweifellos auch ein südafrikanisches Kapitel enthalten. In Erwartung des "totalen Krieges", den die Befreiungsbewegungen für den Fall eines Scheiterns der Verhandlungen angekündigt hatten, spielt sich zur Zeit ein Nervenkrieg um die Möglichkeit einer bewaffneten südafrikanischen Intervention ab. In den "front-line"-Staaten scheint man Zweifel darüber zu hegen, ob in einem solchen Fall eine kubanische Hilfsexpedition erwünscht wäre, fürchtet man doch die mögliche amerikanische Reaktion darauf. Deshalb steht im Moment ein anderes Projekt im Zentrum des Interesses, nämlich jenes einer afrikanischen Streitmacht, das kürzlich im Befreiungskomitee der OAU in Lusaka besprochen worden ist. Manche hoffen sogar schon, dass Podgorny bei seinem Besuch in Austral-Afrika im nächsten Monat Waffen und diplomatische Unterstützung für diese Streitmacht versprechen werde.

Während der Festtage kam es in Südafrika zu einem Boykottversuch der Weihnachtseinkäufe, und von Zeit zu Zeit brechen neue Unruhen aus; aber die Regierung hat, ohne ihre Politik der Apartheid zu ändern, die Situation mit einigen Massnahmen entschärfen können: Wegen ihren Ueberzeugungen verhaftete Schwarze sind freigelassen worden; die Vorschriften über Landkäufe durch Schwarze in den Schlafstädten sind gemildert worden; das Schulsystem hat einige Verbesserungen erfahren. Den sogenannten "Coloureds" und den Indern sollen u.a. auf politischem Gebiet einige Zugeständnisse gemacht werden.

Aber Vorster hat selber klar gemacht, dass dies nur Retou-  
schen seien; an den Prinzipien werde nicht gerüttelt. Zum Beweis  
dafür hat er den Unabhängigkeitsprozess für ein zweites "homeland"  
eingeleitet, für Bophustatswana, ein sonderbares Konglomerat aus  
sechs getrennten Gebietsstücken in der Nähe von Botswana. Zudem ist  
auch die an sich schon äusserst strenge Staatsschutzgesetzgebung  
noch verschärft worden.

Unter der weissen Bevölkerung herrscht weiterhin ein Ma-  
laise; aber da es sich nicht in eine politische Bewegung mit bestimm-  
ten Zielen umsetzt, konnte es die Regierung bisher ignorieren. Die  
wirtschaftliche Lage ist immer noch schwierig. Die Unruhen des letz-  
ten Sommers scheinen die ausländischen Investoren erschreckt zu  
haben, und Neuinvestitionen sind stark zurückgegangen, ohne dass  
allerdings ein merkbarer Fluss in die Gegenrichtung feststellbar  
wäre. Die südafrikanische Wirtschaft hatte sowohl unter dem niedri-  
gen Goldkurs wie unter der Rezession zu leiden. Grosse Waffenkäufe  
wirkten sich negativ auf die Handelsbilanz aus.

Das Problem der Ausgewanderten der Transkei hat noch nicht  
gelöst werden können. Zahlreiche Xhosas scheinen weder in ihrem  
Ursprungsland noch in Südafrika Ausweispapiere zu erhalten. Premier-  
minister Matanzima hat also die Verwirklichung des Hauptzieles, das  
Südafrika mit der Unabhängigkeit der Transkei verfolgte, zu verhindern  
versucht. Er wird aber schliesslich wohl nachgeben müssen. Man darf  
dabei nicht vergessen, dass Südafrika durch direkte Hilfe mit mehr  
als 80 % zum Budget der Transkei beisteuert und dass drei Viertel  
der übrigen Summe von Steuern stammt, die Südafrika bei den Xhosa-  
Arbeitern in seinem Gebiet erhebt. Die Abhängigkeit (oder, wenn man  
will, die Unabhängigkeit) ist in unserer modernen Zeit fast immer  
ein etwas relativer Begriff, aber die Transkei stellt in dieser Be-  
ziehung zweifellos einen Extremfall dar.

DIE CARTER - ADMINISTRATION

Carter hat die Zusammenstellung seiner Mannschaft und die Vorbereitung seiner Amtsübernahme im gleichen umsichtigen Stil, einer Mischung von Vorsicht und Dynamik, vorgenommen, die bereits seiner Wahlkampagne eigen war. Es gab Schwierigkeiten und einige Fehler, aber mit Ausnahme des Direktors der CIA war die ganze Mannschaft zur Stelle, als am 20. Januar das Startsignal gegeben wurde. Der seither eingehaltene Rhythmus zeigt, dass diese Mannschaft nach einem genau vorbereiteten Plan handelt.

Die Auswahl der Kabinettsmitglieder wurde ohne besondere Eile in der Stille von Plains vorgenommen. Ein ausgeklügeltes "screening" zeigte das Bestreben des Präsidenten, der selbst ein Neuling auf der nationalen Szene ist, sich mit erfahrenen Persönlichkeiten aus dem politischen und wirtschaftlichen Leben zu umgeben. Die meisten von ihnen hatten bereits in verschiedenen Funktionen in Washington Karriere gemacht, so etwa die jetzigen Ressortchefs für Aussenpolitik, Verteidigung, Energie sowie der Berater für die Nationale Sicherheit. Das war nicht unbedingt, was einige der Befürworter Carters erwartet hatten. Die Enttäuschung darüber hat sich bereits in der Ablehnung von Kabinettsposten durch Frauen und Schwarze gezeigt. Die allgemeine Richtung kann als gemässigt "Liberal" (im amerikanischen Sinne, der liberal als das Gegenteil von konservativ empfindet) bezeichnet werden. Der Akzent liegt auf der demokratischen Tradition, obwohl es Carter vermieden hat, sich mit einem seiner Vorgänger zu identifizieren. Ein gewisses Bedürfnis nach Differenzierung zeigt auch die Tatsache, dass diejenigen seiner Mitarbeiter, die aktiv am Vietnamkrieg beteiligt waren, sich mehr oder weniger deutlich von ihren damaligen Stellungnahmen diestanzieren haben. Dies gilt auch für Carter selbst. Der Süden ist ziemlich stark vertreten, aber der intellektuelle Nordosten bewahrt seine Vorrangstellung in allem, was die Aussenbeziehungen anbetrifft.

Die erste Wahl Carters war schon lange vor den Wahlen getroffen worden. Sie betraf den Vizepräsidenten, Walter Mondale, dem Carter im Gegensatz zu den amerikanischen Gepflogenheiten Aufgaben von wirklicher Bedeutung übertragen wollte. Er hielt Wort, indem er Mondale sogleich mit einer Mission in Westeuropa und Japan betraute. Der Erfolg Mondales auf dieser Reise lässt die Hoffnung zu, dass Carter in diesem Sinne weiterfahren wird.

Im Bereiche der Aussenpolitik kam es zu keinen Ueberraschungen. Die Rolle, die bisher Kissinger innehatte, geht auf Brzezinski und Vance über. Der erstgenannte, wie Kissinger ein Einwanderer und Professor der politischen Wissenschaften, entstammt doch einer anderen Denkschule. Kissinger hatte mit Erfolg das Experiment der traditionellen Diplomatie den neuen Gegebenheiten des Atomzeitalters angepasst. Dies gilt auch für die Beziehungen zu Staaten ausserhalb unseres Zivilisationskreises, in einem Bereich also, in welchem der Westen seit 1945 nicht sonderlich erfolgreich gewesen war. Brzezinski stützt sich auf modernere Doktrinen, die vielleicht gerade deswegen weniger gesichert erscheinen. Er betont, dass er nicht die Absicht habe, sich in die aktive Diplomatie zu stürzen und möchte nicht einmal "policy-maker" sein. Er verschwindet im Schatten seines Präsidenten, dem sehr daran gelegen ist, dass seine Aussenpolitik den Eindruck erweckt, direkt von ihm selbst inspiriert zu sein.

Als Staatssekretär gehört Cyrus Vance zu einer gut bekannten Art des amerikanischen Verhandlers. Er ist wohl organisiert, ausgewogen, effizient, sicher. Von ihm sind kaum Ueberraschungen zu erwarten, im Gegensatz möglicherweise zum Präsidenten. Vance ist so weit entfernt als nur möglich vom Typus des "lone ranger", welchen Kissinger verkörperte. Er scheint ganz besonders geeignet, die bewundernswerte Maschinerie des Staatsdepartements, die seine Vorgänger so oft vernachlässigt hatten, wieder in den Griff zu bekommen und entsprechend zu nutzen.

Die Wahl des Verteidigungsministers wurde von einer Kontroverse begleitet, die zwei Bereiche betraf. Einerseits führten die Kritiker der Kissinger'schen Politik, die die Kandidatur Schlesingers unterstützten, die sowjetische Aufrüstung ins Feld und sprachen sogar von einer "first strike capacity" (d.h. der Möglichkeit, das nukleare Potential des Gegners mit einem Schlag zu zerstören). Andererseits wurde das Verhalten diverser demokratischer Kandidaten während des Vietnamkrieges vonseiten der "Liberalen" her genau durchleuchtet. Die Wahl von General Brown, einem "middle-of-the road"-Mann in Sachen Vietnam, und in der SALT-Frage den Ideen Kissingers recht nahe, sowie die Ernennung Warnkes zum Direktor des Amtes für Rüstungskontrolle brachten Carters Option für eine weitreichende Rüstungsbegrenzung klar zum Ausdruck. Sie ist durch seine seitherigen Erklärungen weiter bestätigt worden.

Vom neuen Finanzminister Blumenthal ist wenig zu sagen, es sei denn, dass er an der Kennedy-Runde teilgenommen hat. Er wird möglicherweise in einem gewissen Konkurrenzverhältnis zum sehr einflussreichen Direktor der "Federal Reserve Bank", Burns, stehen, der noch bis zum Beginn des kommenden Jahres an seinem Posten bleiben wird.

Eine besondere Rolle kommt Schlesinger zu, dem erfolglosen Kandidaten für das Verteidigungsressort, der nun die Herkulesarbeit übernimmt, Ordnung in die Energiepolitik der USA zu bringen. Er muss dabei an zwei Fronten kämpfen: Einerseits gegen eine übertriebene und in zahllose "agencies" zerfallende Bürokratie und andererseits gegen einen Kongress, der oft nur zu geneigt ist, auf Einzelinteressen zu hören. Die Wahl eines Republikaners auf diesen Posten bestätigt die pragmatische Art und Weise der ganzen Kabinettsbildung.

Carter hat erklärt, dass dieses Kabinett den Vorrang vor seinem eigenen Stab im Weissen Haus haben werde. Dieser Stab ist eine unerlässliche Institution, aber seine Arbeit war oft mit einem gewissen Malaise umgeben und hat selbst zu schweren Krisen geführt, wie



es die Watergate-Affäre drastisch zum Ausdruck brachte. Der Präsident hat beschlossen, das Kabinett einmal pro Woche zusammenzurufen, die Anzahl der Beamten im Weissen Haus stark zu reduzieren und dessen Organisation zu vereinfachen. Man weiss auch, dass Carter, ähnlich wie seinerzeit in Georgia, die Anzahl der Staatsstellen und ihrer Beamten allgemein reduzieren möchte. Die Experten der Washingtoner Szene sind allerdings in dieser Hinsicht skeptisch.

Gleich bei seinem Amtsantritt hat der neue Präsident Wert darauf gelegt, dass die Durchführung der angekündigten Programme ohne Verzug an die Hand genommen wird.

In diesem Zusammenhang dürfen die beiden Inaugurationsadressen Carters, von denen sich die eine an das Ausland richtete, nicht als eigentliche Programme verstanden werden, sondern gemäss der amerikanischen Auffassung einer zukunftsorientierten Gesellschaft, als Ausdruck eines Ideals. Die darin enthaltene biblische Komponente ist dabei universell genug gehalten, um auch in nichtchristlichen Ländern eine Wirkung zu haben.

Carter hatte seinerzeit seine Absicht bekanntgegeben, auf die Reisediplomatie zu verzichten. Er hat seither eine etwas flexiblere Haltung in dieser Frage eingenommen, indem er die Bedeutung persönlicher Kontakte unterstrich. Bis er selbst seine ausländische Kollegen trifft, besorgen dies seine Mitarbeiter.

Vizepräsident Mondale unternahm die bereits erwähnte Reise, die symbolisch die Bedeutung zum Ausdruck brachte, welche Carter den Beziehungen zu den Verbündeten beimisst. Mondale informierte dabei seine Gesprächspartner in erster Linie über Carters Pläne zur Wiederankurbelung der amerikanischen Wirtschaft, legte dabei besonderes Gewicht auf die Beschränkung der nuklearen Exporte und diskutierte die Modalitäten eines Wirtschafts-Gipfels in der Art von Puerto Rico. Die Gespräche Mondales waren offen und für alle Teile angenehm. Er

hat sich als wohlinformierter und kompetenter Gesprächspartner erwiesen. Der vorherrschende Eindruck ist übrigens, dass die neue Administration über die Probleme bestens auf dem laufenden ist, aber dass sie zu manchen unter ihnen, wie etwa zum Nord-Süd-Dialog, noch keine offizielle Position erarbeitet hat.

Der neue amerikanische Botschafter bei den Vereinten Nationen, Young, ist nach dem südlichen Afrika abgereist. Vance besucht zur Zeit den Nahen Osten und wird am 28. März in Moskau erwartet.

Neben der Frage der Nuklearexporte hat Carter bis jetzt seine Aufmerksamkeit vor allem der Entspannung und den militärischen Fragen gewidmet. Er hat Erklärungen über die Notwendigkeit einer Reduktion und selbst einer langfristigen Abschaffung der Atomwaffen abgegeben, die genau die Ideen Browns widerspiegeln, wie etwa das Thema der "mutual armed destruction". Carter möchte den Abschluss eines SALT II - Abkommens beschleunigen. Mondale seinerseits hat der NATO trotz früherer Versprechungen über Reduktion der Militärausgaben eine leichte Erhöhung des amerikanischen Verteidigungsbeitrages in Europa in Aussicht gestellt.

Im inneren Bereich hat Carter eine Steigerung des Brutto-sozialproduktes um  $4\frac{1}{2}$  % in Aussicht gestellt. Die Kältewelle, die Amerika zur Zeit heimsucht, hat es dem Präsidenten überdies ermöglicht, seine Vorhaben im Bereich der Energie zu dramatisieren.

Carter hat erklärt, dass er der Achtung der Menschenrechte in seiner Aussenpolitik eine ganz besondere Bedeutung beimessen werde. Dieses Versprechen wurde sogleich einer Prüfung unterzogen, als sich die Dissidenten in Osteuropa regten, aber die Frage der Menschenrechte ist recht eigentlich universeller Natur.

- 34 -

Carter hat die Art und Weise gelobt, in welcher sein Vorgänger ihm die Amtsübernahme erleichterte. Trotz der äusseren Harmonie handelt es sich um einen Machtwechsel. Das neue Team hat sich, in Erwartung konkreter Resultate, eines neuen Stils befleissigt. Der Bruch mit der republikanischen Vergangenheit ist recht deutlich. Er wird sich in den kommenden Monaten noch weiter bemerkbar machen. Auf längere Sicht wird man zwei Bereiche in der Aussenpolitik unterscheiden können: Den einen - Ost-West-Beziehungen, China, Naher Osten, teilweise auch südliches Afrika - wo die von Kissinger und Nixon gelegten Grundlagen wohl im grossen ganzen erhalten bleiben werden. Die Fähigkeit zur Erneuerung wird wohl am ehesten im Bereich der Beziehungen mit Europa und im Nord-Süd-Dialog zum Ausdruck kommen können, wo die frühere Administration wenig Inspiration gezeigt hatte.